

Datum:	09. November 2014
Medium:	www.diepresse.com
Thema:	Pflege: Koalition trotz Protesten

Pflege: Koalition trotz Protesten



Bild: (c) APA/BARBARA GINDL (BARBARA GINDL)

In den Klubs von SPÖ und ÖVP steht man zu den höheren Hürden beim Zugang zu Pflegegeld. Denn nur so könne es ab dem Jahr 2016 mehr Geld geben.

09.11.2014 | 17:17 | Von Karl Ettinger (Die Presse)

Wien/Graz. Beim erschwerten Zugang für künftige Bezieher von Pflegegeld in den beiden untersten Stufen 1 und 2 sind sich die beiden Koalitionsparteien um vieles einiger als bei der Steuerreform. Dem Beschluss der Verschärfung ab 2015, kombiniert mit einer später folgenden generellen Erhöhung des Pflegegeldes ab 2016 um zwei Prozent, im Dezember im Nationalrat dürfte nichts mehr im Weg stehen. Daran ändern auch zahlreiche Einwände von Sozialorganisationen und der Widerstand von Behindertenvertretern bei der am vergangenen Dienstag zu Ende gegangenen Frist zur Begutachtung des von Sozialminister Rudolf Hundstorfer (SPÖ) vorgelegten einschlägigen Gesetzesentwurfes nichts. Sowohl SPÖ-Klubobmann Andreas Schieder als auch ÖVP-Sozialsprecher August Wöginger signalisieren im Gespräch mit der „Presse“ Einverständnis für die Änderung.

Vorerst ist noch der Beschluss der Neuregelungen im Ministerrat ausständig, der aber jedenfalls im November erfolgen wird. Ob der SPÖ-Klub auch den Verschärfungen für künftige Antragsteller auf Pflegegeld zustimmen werde? „Ja, man muss die Gesamtheit

betrachten“, lautet die Antwort von Fraktionschef Schieder. Denn gleichzeitig werde das Pflegegeld dann erhöht. „Das halte ich für wichtig“, so Schieder. Der SPÖ-Klubchef spricht sogar von einer „Reform im System“. Denn der Schwerpunkt liege künftig bei den Beziehern der höheren Pflegestufen mit mehr Betreuungsbedarf, die von den Einschränkungen nicht betroffen sind. In den Stufen 1 und 2, in der sich derzeit rund die Hälfte aller 430.00 Pflegegeldbezieher befindet, wird hingegen ab 2015 der für den Bezug notwendige Pflegebedarf angehoben.

Ähnlich argumentiert ÖVP-Sozialsprecher Wöginger: „Man muss das schon auch als Gesamtpaket sehen.“ Immerhin würden mit der Erhöhung 50 Millionen Euro zusätzlich für das Pflegegeld aufgewendet. Er rechnet damit, dass die ÖVP-Mandatare zustimmen werden. Die Änderung sei bereits im Zuge der Regierungsklausur Ende September in Schladming vereinbart worden.

Verschärfung schon Anfang 2011

Schon Anfang 2011 ist die Zugangshürde zum Pflegegeld in den Stufen 1 und 2 angehoben worden. Eine Flut an Beschwerden habe es damals nicht gegeben. Sozialminister Hundstorfer hat die Verschärfung ebenfalls damit verteidigt, dass diese nur für neue, also künftige Bezieher von Pflegegeld gelte. Außerdem rangiere Österreich beim Pflegegeld weiter international an der Spitze.

Außerhalb der Regierungsparteien SPÖ und ÖVP hat sich hingegen eine Widerstandsfront formiert. Nach scharfer Kritik von Bundesbehindertenanwalt Erwin Buchinger, der beklagt hat, dass sich die Pflegegeldbezieher die Erhöhung ab 2016 durch die verschärften Zugangshürden praktisch selbst zahlen, meldete im Zuge der Begutachtung auch die Volksanwaltschaft Bedenken an.

Unverständnis lösen die Einschränkungen unter anderen auch beim Steirer Klaus Katzianka aus, der Betreiber einer 24-Stunden-Betreuungsagentur für Pflegebedürftige ist und schon 2008 ein Volksbegehren auf die Beine stellen wollte. Für Katzianka, der selbst im Rollstuhl arbeitet und unterwegs ist, bringen die nunmehr vorgesehenen Einschränkungen wiederum keine längerfristige Bewältigung der Schwierigkeiten durch den wachsenden Bedarf an Pflege und Betreuung. Er ist daher überzeugt: „Das Pflegeproblem wird man nicht lösen, wenn man nächstes Jahr den Zugang zum Pflegegeld ein zweites Mal erschwert.“ Die Politik müsse endlich auch Betroffene und deren Angehörige in eine umfassendere Lösung des Pflegeproblems einbinden.

Petition „Pflege leistbar“ im Nationalrat

Katzianka ist vehementer Verfechter der Pflege zu Hause, weil dies für die öffentliche Hand die kostengünstigste Lösung ist. Er habe daher im Parlament sein Anliegen „Pflege leistbar“ nun als Petition im Nationalrat, unterstützt mit 938 Unterschriften, eingebracht. Er möchte damit nach dem Gesetzesvorstoß von Sozialminister Hundstorfer für Verschärfungen das Thema Pflege bundesweit positiv zum Thema machen. Er habe allerdings nichts gegen die stationäre Pflege. Von seiner ursprünglichen Forderung, das Mitte 1993 eingeführte Pflegegeld um 30 Prozent zu erhöhen, weil es bisher nur vier Mal angehoben wurde, habe er jedoch in Sparzeiten wie diesen aus realistischen Gründen Abstand genommen.

("Die Presse", Print-Ausgabe, 10.11.2014)